

24. Juni 2013  
bis  
5. Juli 2013

Die **Commerz Real AG**, Eschborn, hat einen Vertrag zum Verkauf ihrer **Kapitalanlagegesellschaft Commerz Real Spezialfondsgesellschaft mbH (CRS)** an eine Gesellschaft der europaweit tätigen **Interinos-Gruppe** unterzeichnet. Der auf institutionelle Anleger fokussierte Käufer ist mit seinem verwalteten Immobilienvermögen in Höhe von 1,9 Milliarden Euro schon heute stark in Deutschland investiert und seine deutsche Geschäfts- und Investorenbasis deutlich ausbauen will. Der Verkauf steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Bezüglich des Verkaufspreises und anderer Eckdaten der Transaktion haben die Vertragsparteien Stillschweigen vereinbart.

Die Mitgliederversammlung des **VGF Verband Geschlossene Fonds e.V.** hat in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Ende Juni 2013 die **Neuausrichtung des Verbandes** sowie eine **Namensänderung** beschlossen. Künftig will sich die bisherige Interessenvertretung der Anbieter Geschlossener Fonds zum Branchenverband für alle Unternehmen und Anlagevehikel öffnen, die im Rahmen des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) Investitionen in Sachwerte anbieten und verwalten. So können neben Kapitalverwaltungsgesellschaften auch andere Branchenteilnehmer wie zum Beispiel Verwahrgestellten Mitglied werden. Damit einher geht die Umbenennung des Verbandes in **BSI Bundesverband Sachwerte und Investmentvermögen e.V.**

**HSBC Trinkaus & Burkhardt AG** hat Ende Juni 2013 angekündigt, sich infolge einer weltweit laufenden strategischen Überprüfung der Geschäftsaktivitäten des Gesamtkonzerns aus **Luxemburg** zurückzuziehen. Von der Maßnahme betroffen sind die beiden 100-prozentigen Töchter von **HSBC Trinkaus, HSBC Trinkaus & Burkhardt (International) SA** sowie die Fondsgesellschaft **HSBC Trinkaus Investment Managers SA**. Man prüfe alle Optionen für die verschiedenen Teile des luxemburger Geschäfts, hieß es mit Blick auf die Schließung oder den Verkauf der beiden Einheiten. Andere Geschäftsaktivitäten der HSBC Holdings plc in Luxemburg, so die Gesellschaft, sind von der Entscheidung nicht betroffen, sollen aber mit HSBC Trinkaus eng zusammenarbeiten, um geeignete Lösungen für die Kunden und die rund 200 Mitarbeiter zu finden.

Gegen eine Zahlung von 968 Millionen US-Dollar von der **Citigroup** an **Fannie Mae** haben beide Parteien ihren **Rechtsstreit** beigelegt. Der Hypothekenfinanzierer hatte der US-Großbank ähnlich wie anderen Instituten vorgeworfen, beim Verkauf von Hypotheken ab der Jahrtausendwende bis zum Zusammenbruch des amerikanischen Häusermarktes als Auslöser der Finanzkrise falsche Angaben gemacht zu haben.

Die **Wettbewerbsbehörde der EU-Kommission** geht dem Verdacht nach, dass dreizehn im internationalen Credit-Default-Swap-Geschäft tätige Investmentbanken zwischen 2006 und 2009 durch abgestimmtes Verhalten der **Deutschen Börse** und der **Chicago Merchantile Exchange** den Markteintritt in das Geschäft mit börsengehandelten Kreditderivaten versperrt haben. Konkret sollen zwei für die Lizenzvergabe zuständige Instanzen, die von den Banken kontrolliert werden, die notwendigen Lizenzen verweigert haben. Die betroffenen Institute, die Bank of America, Barclays, Bear Stearns, BNP Paribas, Citigroup, Credit Suisse, Deutsche Bank, Goldman Sachs, HSBC, J.P. Morgan, Morgan Stanley, Royal Bank of Scotland sowie die UBS, müssen mit Kartellstrafen rechnen.

Auf der **Ecofin-Ratssitzung** Ende Juni 2013 haben sich die **Finanzminister** der Mitgliedstaaten über eine allgemeine Ausrichtung zu dem Entwurf der Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die **Sanierung und Abwicklung insolventer Banken** geeinigt. Gerät ein Institut in Schieflage soll eine Haftungskaskade greifen, die zunächst die Eigentümer beziehungsweise Aktionäre, dann die Gläubiger von und zu guter Letzt auch die Einleger haften. Diese grundlegende Ausrichtung soll den Weg für die **Trilog-Verhandlungen** zwischen dem Rat, der Kommission und dem Parlament ebnen mit dem Ziel der Fertigstellung der Richtlinie in erster Lesung vor Ende des Jahres (siehe auch Gespräch des Tages).

Die **HSH Nordbank** hat Ende Juni bekanntgegeben ihr **klassisches Privatkundengeschäft** ab 2014 einstellen zu wollen. Abgegeben wird dieser Teil des Privatkun-

dengeschäftes an die **Hamburger Sparkasse (Haspa)**, die Rede ist hier von 7 000 Kunden, sowie an die **Förde Sparkasse** (3 000 Kunden), mit denen entsprechende Kooperationsabkommen geschlossen wurden. Voraussetzung zur Übergabe der Geschäftsverbindungen soll jeweils die Zustimmung der Kunden sein. Der Transfer soll noch im Juli 2013 beginnen und bis Ende des Jahres abgeschlossen werden. Der Bereich **Wealth Management** mit den Schwerpunkten Vermögens- und Anlageberatung einschließlich Stiftungen und Non-Profit-Organisationen soll weiterhin **Kerngeschäft** der HSH Nordbank bleiben. Letztlich zurückgeführt wird diese strategische Entscheidung auf die Vereinbarungen mit der **EU-Kommission**.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und ihre spanischen Amtskollegen Wirtschaftsminister Luis de Guindos und Industrieminister José Manuel Soria haben Anfang Juli 2013 eine **Kreditvereinbarung zur Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen in Spanien** vorgestellt. Sie basiert auf einem **Globaldarlehen** über 800 Millionen Euro, das der Verwaltungsrat der **KfW** gebilligt hat, um damit die Kreditlinien, die das staatliche **spanische Förderinstitut ICO** für spanische KMU zur Verfügung stellt, zu verstärken.

Die **Edmond de Rothschild Gruppe** und das **Bankhaus Metzler** stiften in Kooperation mit dem **Institut für bankhistorische Forschung e.V.**, Frankfurt am Main, zum Jubiläumsjahr 2014 der **Goethe-Universität Frankfurt am Main** eine **Gastprofessur „Financial History“** am House of Finance der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Anfang Juli 2013 hat die **US-Notenbank Federal Reserve** die **Eigenkapitalvorgaben** für Banken im Rahmen der **Dodd-Frank-Gesetzgebung und Basel III** festgelegt. Demnach soll die **Leverage Ratio** (Mindestanteil des Kernkapitals an der gesamten Bilanzsumme) vier Prozent betragen. Das ist mehr als die von Basel III geforderten drei Prozent. Als **Kernkapitalquote** gemessen an den risikogewichteten Aktiva sind sechs Prozent (bisher vier Prozent) vorgegeben. Nach Schätzungen der Fed erfüllen heute bereits gut 95 Prozent aller betroffenen Banken mit mindestens zehn Milliarden US-Dollar an Vermögenswerten die nun beschlossenen Vorgaben. ■